



Die Wirtschaftsschwäche hält an – Entlastungen sind jetzt unverzichtbar

25.04.2025 16:51

Von FDP Freibrief <freibrief@fdp.de>

An g.priesmeier@t-online.de <g.priesmeier@t-online.de>

[Hier klicken für die Web-Version](#)

freibrief

**Freie
Demokraten**
FDP

Liebe Gabriele Priesmeier,

Deutschlands Wirtschaft stagniert weiterhin. Die kommende Bundesregierung muss [endlich spürbare Entlastungen](#) herbeiführen.

Union und SPD wollen härter gegen angebliche Falschbehauptungen vorgehen. Darunter [droht die Meinungsfreiheit zu leiden](#).

Trumps einseitiger Friedensplan würde den Aggressor Putin belohnen. [Die Ukraine braucht unsere Unterstützung](#) für echte Verhandlungen.

THEMEN [STELLENAUSSCHREIBUNGEN](#)

**Unterstützen
Sie uns!**



Wirtschaftsschwäche: Merz muss nachsteuern

Die Konjunkturprognose bestätigt einen fatalen Trend: Deutschlands Wirtschaft könnte ein drittes Jahr in Folge stagnieren. Im internationalen Vergleich wird Deutschland damit beim Wirtschaftswachstum abgehängt. Angesichts der wirtschaftspolitischen Pläne der kommenden Bundesregierung zeigt sich FDP-Präsidiumsmitglied Christian Dürr besorgt: „Der schwarz-rote Koalitionsvertrag wird das Ruder nicht herumreißen.“ Denn etwa die von Friedrich Merz im Wahlkampf angekündigten Steuersenkungen sollen nun aufgeschoben werden. Dabei braucht unser Land für eine echte Wirtschaftswende dringend mutige Reformen und spürbare Entlastungen. „Steuersenkungen über Jahre zu verschleppen, wäre ein historischer Fehlgriff. Merz muss nachsteuern“, fordert Dürr.

► Mehr

Koalitionsvertrag: Die Meinungsfreiheit gerät unter Druck



Mit ihren Plänen für eine strengere Verfolgung angeblicher Falschbehauptungen riskieren Union und SPD, den Meinungskorridor in Deutschland weiter einzuschränken. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Kubicki warnt: „Die Meinungsfreiheit ist in Deutschland unter Druck geraten.“ Denn Schwarz-Rot beabsichtigt eine deutliche Ausweitung der behördlichen Eingriffsbefugnisse bei bestimmten Äußerungen – eine gefährliche Entwicklung. „Das ist beschämend. Die Bundesrepublik wurde durch Freiheit zum Erfolgsmodell und nicht durch Repression“, stellt Kubicki klar.

► Mehr

Ukraine: Einen Diktatfrieden darf es nicht geben



US-Präsident Trumps Plan für ein Friedensabkommen im Ukrainekrieg kommt einem Diktatfrieden zu Putins Gunsten gleich. Demnach sollen die Krim und vier weitere ukrainische Provinzen offiziell an Russland abgetreten werden. Die ukrainischen Bodenschätze sollen de facto zwischen den USA und Russland aufgeteilt werden. FDP-Präsidiumsmitglied Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann macht deutlich: „Hier wird ein Deal auf Kosten der Ukraine gemacht. Was Trump als Friedensplan verkauft, ist in Wahrheit ein Kniefall vor dem Aggressor.“ Die kommende Bundesregierung müsse die Ukraine nun umso entschiedener unterstützen, um einen echten Friedensplan zu ermöglichen.

► Mehr

Die FDP-Fraktion Nordrhein-Westfalen sucht:

- [Rechtsreferendar/-in \(w/m/d\)](#)
- [Referent/-in für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie \(w/m/d\)](#)
- [Stellv. Pressesprecher/-in \(w/m/d\)](#)

Der FDP-Landesverband Niedersachsen sucht:

- [Referent/-in Social Media \(w/m/d\)](#)

Termine

- [Landesparteitag der FDP Mecklenburg-Vorpommern](#) 📅
26.04.2025 | Dobbin-Linstow
- [Landesparteitag der FDP Hessen](#) 📅 26.04.2025 | Hofheim am Taunus
- [Landesparteitag der FDP Sachsen-Anhalt](#) 📅 26.04.2025 | Zerbst/Anhalt
- [76. Ordentlicher Bundesparteitag](#) 📅 16.05.2025 | Berlin

Impressum

Redaktion: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin,
Tel.: 030 284958-0, E-Mail: freibrief@fdp.de, Internet: www.fdp.de

Verantwortlich: Maria Wandel, Bundesgeschäftsführerin